

1/2012 € 2,00

der bajuware

DAS MAGAZIN DER JUNGEN UNION BAYERN



Bürgerlich modern
Unsere Werte verteidigen

CSUshop

jetzt mit eigenem Shop der JU www.csu-shop.de/JU

Ab sofort alle pfiffigen Werbemittel der JU und alle kostenlosen Materialien aus dem JU-Landessekretariat online bestellbar.

→ Anmelden mit Mitgliedsnummer

→ Auswählen

→ Bestellen



www.csu-shop.de/JU

EDITORIAL

Vorbild Bayern

Die Piraten erobern die Parlamente, obwohl sie inhaltsleer und kaum einzuordnen sind. Frau Kraft gewinnt in Nordrhein-Westfalen die Wahl, obwohl sie sich mit ihrer Schuldenpolitik am Land und nachfolgenden Generationen versündigt. Nachvollziehbare, harte Fakten liegen den jüngsten Wahlergebnissen jedenfalls nicht zugrunde.

Keine Frage, auch der Bayer ist ein Gefühlsmensch – womöglich sogar noch mehr als die meisten anderen Bundesbürger. Und dennoch können die Menschen im Freistaat besser unterscheiden zwischen Sein und Schein.

Umfragen zeigen: Bayern steht gut da, die Menschen honorieren das Geleistete. Noch viel mehr als für die Erfolge können sie sich begeistern für die vorausschauende Politik Horst Seehofers. Der Ministerpräsident zeichnet die – realistische – Vision vom schuldenfreien Bayern.

Landauf, landab wird auf Pump geliebt. Die CSU geht einen anderen, den richtigen Weg: Künftig keine Zinsen mehr, dafür mehr Investitionen in die Zukunft. Die junge Generation sagt Danke!



Es grüßt Euch

Thomas Breitenfellner
Chefredakteur



6 Wider der Gleichmacherei

Von Linken, Konservativen und den Säulen der CSU

10 „Partei der Freiheit“

Wie verändert das Internet unser Leben? Manfred Weber, Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission, spricht im *bajuware*-Interview über die Piraten, christliche Werte und den Wunsch nach einem neuen Politik-Stil.

11 Jobmotor FJS

Am 17. Juni entscheiden die Münchner in einem Bürgerentscheid, ob der Flughafen Franz Josef Strauß ausgebaut werden darf. Ob die dritte Start- und Landebahn kommt, ist aber nicht nur für die Landeshauptstadt von hoher Bedeutung. Der gesamte Freistaat soll davon profitieren.

12 „Mütter sind keine Legehennen“

In Berlin kämpft die CSU für die Einführung des Betreuungsgeldes. 150 Euro soll der Staat den Eltern im Monat zukommen lassen, wenn sie die Erziehung ihres Kindes selber organisieren. Auch Bayerns JU-Landesvorsitzende Katrin Albsteiger macht sich dafür stark.

14 Mobilität vereinfachen

Beim Deutschlandrat in Memmingen wirbt Verkehrsminister Peter Ramsauer für den Ausbau der Infrastruktur. Die Junge Union fordert höhere Investitionen und mehr Entschlossenheit bei der Durchsetzung von Großprojekten.

16 Pro & Contra: Müssen Kinderlose zahlen?

Wer Kinder bekommt, stärkt das Land und langfristig das soziale System. Doch was ist mit den Frauen und Männern, die keine Kinder bekommen? Sollen sie per „Kinder-Soli“ einen Extra-Beitrag leisten?

■ *bajuware regional*

Die Mitglieder der JU-Bezirksverbände Niederbayern, Oberbayern, Oberpfalz und Schwaben finden im Mittelteil dieser Ausgabe einen Regionalteil.



In den Hafen der Ehe eingelaufen sind zwei Mitglieder des JU-Landesausschusses. Die Landesschriftführerin Dr. Johanna Dittmann (30) aus Oberfranken heiratete Anfang Mai den schwäbischen JU-Bezirksvorsitzenden Dr. Hans Reichhart (29). Johanna nahm den Nachnamen von Hans an. „Noch“, gestand sie der *bajuware*-Redaktion, „tue ich mir mit der Unterschrift etwas schwer. Das wird aber bestimmt.“ Bei der Hochzeit waren unter anderem mit dabei: Landeschefin Katrin Albsteiger, Oberfrankens Bezirksvorsitzender Jonas Geissler sowie die Deutschlandräte Frank Gübner und Matthias Neff.

Junge Union Bayern trifft Junge ÖVP in Wien

Die Verbindung der politischen Jugend in Bayern und Österreich wurde durch einen Besuch in Wien gestärkt. Die bayerische Delegation wurde von Landesvorstandsmitglied Michael Beer und Deutschlandrat Matthias Neff angeführt. Im Gespräch mit dem Generalsekretär der Jungen Volkspartei (JVP), Axel Melchior, bildeten die Beteiligung junger Menschen an der Politik, die Umsetzung von Generationengerechtigkeit und die größere

Bedeutung der Netzpolitik den Schwerpunkt. Zugleich wurde bewusst, dass die politischen Systeme trotz vieler Ähnlichkeiten große Unterschiede aufweisen. Dazu gehören die fast schon traditionelle Konsenskultur durch die großen Koalitionen in Österreich. Zudem ist die konservative Wählerschicht mit ÖVP, FPÖ und BZÖ stark aufgesplittet. Jedoch ist die JVP durch Bundesobmann Sebastian Kurz als Staatssekretär an der Regierung beteiligt.

JU-Südschiene für solide Finanzen

Zum „Südgipfel“ trafen sich die Landesausschüsse der Jungen Union Bayern und Baden-Württemberg in Stuttgart. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die JU-Verbände eine Reform des Länderfinanzausgleichs. „Die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung ist nicht mehr gegeben“, sagten Bayerns JU-Chefin Katrin Albsteiger und ihr baden-württembergischer Kollege Nikolas Löbel. Bayern und Baden-Württemberg hätten insgesamt fast 100 Milliarden Euro an andere Bundesländer gezahlt. Der Fi-

nanzausgleich müsse so gestaltet sein, dass er Anreize schaffe, um eine verantwortungsvolle Finanzpolitik der Länder zu fördern. Außerdem müssten Mittel aus dem Ausgleichssystem zur Verbesserung der Finanz- und Wirtschaftskraft eingesetzt werden. An einer Prüfung der Rechtmäßigkeit des Länderfinanzausgleichs durch das Bundesverfassungsgericht führe definitiv kein Weg vorbei. Darüber hinaus fordert

JU-Südgipfel in Stuttgart: Oettinger, Albsteiger, Löbel

die JU die Einsetzung eines Energiekoordinators im Bundeskanzleramt, der die Umsetzung der Energiepolitik der Länder überwacht und vorantreibt. Deutschland brauche eine zentrale Anlaufstelle in Sachen Energie, die den Ausbau der regenerativen Stromerzeugung

und den Aufbau leistungsfähiger Netze koordiniere. Gastredner, EU-Kommissar Günther Oettinger, forderte die Ernennung eines Energie-ministers. Zugleich warnte er, die angestrebte Energie-wende in Deutschland sei noch keinesfalls vollzogen.



www.ju-bayern.de – Die neue Internetseite der JU Bayern

Die neue Internetseite der Jungen Union Bayern ist online. „Sie setzt auf Inhalte und Nutzerfreundlichkeit sowie die Verlinkung mit den sozialen Medien“, sagt JU-Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer. Der Menüpunkt „Unsere Politik“ ist das Herzstück der neuen Seite. Hier sind zu den wichtigsten Politikfeldern alle relevanten Informationen gebündelt abrufbar. Neben Positionspapieren, aktuellen Artikeln, Statements und Erklärungsvideos finden die Besucher auch Infografiken, die wichtige Forderungen und Statistiken zusammenfassen. Über aktuelle Themen bloggt JU-Landesvorsitzende Katrin Albsteiger nun regelmäßig im JU-Blog.

In den kommenden Wochen werden weitere Elemente verfügbar, die die Nutzerfreundlichkeit immens verbessern werden. Bald wird es möglich sein, sich schnell

und einfach online für die Landesversammlung und andere Veranstaltungen anzumelden. Damit hat das lästige Ausfüllen von Fax-Formularen endlich ein Ende. In diesem Jahr war es erstmals möglich, die Anträge zur Landesversammlung online über die „Antragsmaschine 2.0“ zu stellen. Auch die Sozialen Netzwerke sind nun eingebettet. Jeder Blogpost kann schnell und einfach auf Facebook, Twitter und Google+ eingebunden werden. Auch die offiziellen JU-Kanäle sind prominent vertreten.

www.ju-bayern.de ist nun noch strukturierter, inhaltszentrierter und wesentlich nutzerfreundlicher. „Wer Anregungen hat, wie die Seite noch weiter verbessert werden kann“, so Kuttenhofer, könne diese Vorschläge unter www.ju-forum.de einbringen.

JU-Versammlung: Stoiber und Söder kommen

Zur JU-Landesversammlung am 14. und 15. Juli in Bad Aibling und Rosenheim hat der bayerische Finanzminister und ehemalige JU-Landeschef Dr. Markus Söder sein Kommen zugesagt. Weiterer Gastredner wird der frühere CSU-Vorsitzende und Ex-Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sein. Die Anmeldung zur Landesversammlung ist ab Mitte Juni möglich – erstmals digital über www.ju-bayern.de.

Servus, Frau Pretzer

Wer eine Anekdote aus den Achtziger oder Neunziger Jahren der Jungen Union Bayern hören wollte, der brauchte nur zur Buchhalterin Bärbel Pretzer gehen – sie war so etwas wie das „personalisierte Gedächtnis“ der JU Bayern. Diese Ära ging nun Anfang des Jahres zu Ende: Nach über einem Vierteljahrhundert im Landessekretariat hat Bärbel Pretzer ihren Abschied genommen.

Den Start in die Amtszeit von Katrin Albsteiger, ihrer Landesvorsitzenden Nummer sieben, hat sie gerade noch mit begleitet, jetzt sagt sie der JU ade. Ganzen Generationen von Vorsitzenden auf Bezirks- und Kreisebene war sie Ansprechpartnerin in der JU-Zentrale. Heutigen Kabinettsmitgliedern oder Bundesministern der CSU hat sie in deren JU-Zeit Fahrtkosten erstattet oder beim korrekten Ausfüllen der Rechenschaftsberichte unterstützt.

Gemeinsam mit den Kollegen im Landessekretariat und Freunden aus der Landesleitung feierte sie im letzten Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum. Auch der *bajuware* sagt „Servus, Frau Pretzer“ und dankt für die vielen Jahre im Dienst der „Jungen CSU“!

Wider der Gleichmacherei

Von Linken, Konservativen und den Säulen der CSU

Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen. In nur noch vier von 16 Bundesländern regiert eine Koalition aus Union und FDP, zuletzt kippte die schwarze-gelbe Mehrheit in Schleswig-Holstein. Sind bürgerliche Bündnisse ein Auslaufmodell?

Die Welt ist im Wandel. Und politische Mehrheiten ebenso wenig kalkulierbar wie die Stimmung in der Bevölkerung. Ein Indiz hierfür ist der rasante Aufstieg der Piratenpartei. Die weiß zwar kaum, für was sie steht, aber das gerade ist Teil ihres Konzepts. In Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind sie jüngst in die Parlamente eingezogen, glaubt man den Umfragen, werden weitere Wahltriumphe folgen. Ein Paradigmenwechsel?

Die Konservativen haben es schwer. Jedenfalls im Wettbewerb mit dem Zeitgeist. Wer will schon ein „Konservativer“ sein? Zumal in der Öffentlichkeit aus dem „Konservativen“ schnell ein „Erzkonservativer“ oder gar ein „Ultrakonservativer“ wird. Wenn SPD-Boss Sigmar Gabriel von „konservativ“ spricht, bebt seine Stimme von so viel Erbitterung und Verachtung, dass er keine Zusätze braucht. Mit dem verpönten Begriff soll die Sache selbst beschädigt und als für den allgemeinen Gebrauch ungeeignet dargestellt werden. Wer also will sich das schon als „Konservativer“ bekennen? „Bürgerlich“ klingt da schon etwas gefälliger, aber zugleich ➤

nach Spießigkeit. Eine Option für die junge Generation? Wer will nicht lieber „hip“ sein?

Wer deutsche Medien konsumiert, wird es kaum glauben: Aber – noch immer – finden sich sehr viele unter den Jungen, die sich zu konservativen Werten bekennen. Ja, sie sind sogar in der Mehrheit. So hat etwa die Junge Union doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Jugendorganisationen zusammen. Schließlich gibt es ein Bündel an guten Gründen fürs Bürgerliche.

Da wäre etwa der Umgang mit dem Geld. Nur das auszugeben, was man im Portemonnaie hat, ist eine

bezahlt werden, das Geld kann stattdessen in die Zukunft investiert werden. Dass sich die links-regierten Bundesländer seit vielen Jahren von den bürgerlich-regierten Ländern wie Bayern und Hessen mittels Finanzausgleich großzügig unterstützen lassen, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, unterstreicht dies doch einmal mehr das jeweilige Verhältnis zum Geld. Die Gerechtigkeit jedenfalls bleibt dabei auf der Strecke.

Bei Wirtschaft und Finanzen werden die Gegensätze besonders gut sichtbar. Die Linken setzen auf das Prinzip der Umverteilung – den einen etwas wegnehmen und an an-

der in den achtziger Jahren zehntausenden pfeifenden Demonstranten gegenüberstand und den Bau eines neuen Flughafens im Erdinger Moos verteidigte. Er hätte einknicken, sich der Gefühlswelt anpassen können. Er tat's aber nicht. Er stand wie eine deutsche Eiche im Blätterwald. Der Flughafen wurde gebaut, feiert heuer 20-Jähriges. Eine Erfolgsstory. Just im Jubiläumsjahr wird mittels Bürgerentscheid festgelegt, ob der Airport um eine dritte Start- und Landebahn erweitert werden darf. Die Grünen sind im Übrigen dagegen.

Gerne wird behauptet, nach der Wende hätten sich die Parteien immer mehr angeglichen, seien in ihren Inhalten kaum mehr zu unterscheiden. Doch das stimmt nicht. In ihren Fundamenten etwa unterscheidet sich die Union fundamental von den politischen Wettbewerbern. Strauß hat Breite und Beschreibung der CSU oft mit drei zentralen politischen Begriffen umfasst: Er leitete die geistigen Grundzüge aus dem christlichen Sittengesetz her, zum Zweiten stellte er die CSU in die Tradition des klassischen Liberalismus und schließlich beanspruchte er eben auch die Charakterisierung als „modern konservativ“. Der Liberalismus allein kann die Position der CSU nicht beschreiben, weil er in sittlichen Fragen ohne Orientierung ist und grundlegende Parameter wie Verantwortung oder Gewissen allenfalls in einer privaten Nische sieht. Andererseits steht die CSU in einer europäischen Tradition der Freiheit, die auch umgehend konkrete ordnungspolitische Vorgaben macht. Davon leitet sich das Bekenntnis zum Rechtsstaat ab, organisiert in einer Demokratie.

■ Die Linken setzen auf das Prinzip der Umverteilung und bestrafen die Leistungsträger.

Selbstverständlichkeit, die bereits Kinder von ihren Eltern mit auf den Lebensweg bekommen. Doch mit Finanzen haben es die Linken bekanntlich nicht so. Gerne lebt man über den Durst, oder noch treffender: Auf Kosten der jungen Generation. Klassische konservative Politik ist also, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen. Unter Edmund Stoiber, von den Linken gerne als erkonservativ bezeichnet, hat Bayern nach der Landtagswahl 2003 den Weg eines ausgeglichenen Haushalts eingeschlagen. Seither werden keine neuen Kredite mehr aufgenommen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer setzt diesen Kurs fort und will nun in einem nächsten Schritt die Verbindlichkeiten abbauen. In weniger als zwei Jahrzehnten sollen sämtliche Schulden getilgt sein. Dann müssen aus Steuergeldern keine Zinsen mehr

der weiterleiten. Das klingt auf den ersten Blick gerecht, ist es aber nicht. Diese Denke bestrafte die Leistungsträger und bremst die positive, fortschrittliche Entwicklung im Land. Die Bürgerlichen dagegen setzen auf Wachstum, darauf, dass die Menschen den Willen haben, sich und dadurch auch das Land voranzubringen. Die einen wollen regulieren, die anderen durch möglichst viel Freiheit Anreize bilden, um den Wohlstand dauerhaft zu sichern und zu mehren. Der Staat kann nahezu keine Arbeitsplätze schaffen, wohl aber die Rahmenbedingungen. Da kommt dann wieder der Konservative ins Spiel, der mit Weitsicht große Projekte durchsetzt – zwar gegen Widerstände, aber eben aus der Überzeugung heraus, dass es der Bevölkerung langfristig zum Vorteil gereichen wird. Denken wir nur an Franz Josef Strauß,



Grundpfeiler Soziale Marktwirtschaft: BMW-Welt in München

Die Union steht – weit mehr als etwa ihr potenzieller Koalitionspartner FDP – für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand am Wegesrand zurückgelassen werden soll. Das ist Teil der Sozialen Marktwirtschaft, die Freiheit auf dem Markt mit sozialer Verantwortung verknüpft. Noch mehr grenzt sie sich zu den linken Gruppierungen ab, etwa durch die Verteidigung des Leistungsprinzips. Über Chancen-

eine Leiter zur Verfügung gestellt bekommen. Die Äpfel pflücken müssen sie aber schon selbst.

Der aktuelle Streit um das Betreuungsgeld ist ein Paradebeispiel, wie unterschiedlich die Meinungen sein können. Die SPD-Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen fordert, alle Kinder sollten möglichst rasch nach der Geburt in „professionelle“ Kinderbetreuung geschickt werden.

die grünen Linken, die am liebsten das Autofahren verbieten würden und es gar nicht gerne sehen, wenn man nicht im Öko-Markt einkaufen geht. Toleranz und Respekt sind Fehlanzeige, wenn es um christliche Werte geht. Als Papst Benedikt XVI. im Deutschen Bundestag sprach, blieben Abgeordnete aus dem linken Spektrum der Veranstaltung reihenweise fern. Im Zuge von Religionsfeindlichkeit wird die ach so geliebte Toleranz gerne beiseite gelegt. Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold bezeichnete den gekreuzigten Jesus kurzerhand „Latten-Gustl“.

■ Der Konservative setzt große Projekte durch – gegen Widerstände, aus Überzeugung

gleichheit, zum Beispiel bei Bildung und Berufswahl, sind sich alle einig. Doch ihre Interpretation ist vielfältig. Die Konservativen stellen sich gegen Gleichmacherei, letztlich ist dann doch jeder für sein eigenes Glück verantwortlich. In einem Garten voller Apfelbäume ist es nicht die Aufgabe des Staates, jeden mit einem Apfel zu versorgen. Vielmehr ist es seine Aufgabe, jedem den Zugang zu den Äpfeln zu ermöglichen, also sollen die Zwerge

Die CSU dagegen hält die Wahlfreiheit hoch, zunächst sollen die Familien Verantwortung übernehmen, erst dann kommt der Staat.

Schließlich ist noch der überstrapazierte Begriff der „Toleranz“ zu erwähnen. Toleranz wird von den Linken tagtäglich gepredigt, aber geradezu mit Füßen getreten. Man will tolerant sein, den Menschen indes vorschreiben, wie sie sich zu verhalten haben. Vorreiter sind hier

Mit großem Vergnügen stellen die Linken die Konservativen als Biedermänner dar. Derweil stehen seit jeher gerade die Konservativen an der Spitze des Fortschritts. Die Bürgerlichen haben – ungeachtet der jüngsten Wahlergebnisse in Landesparlamenten – alle Chancen, die Zukunft in Deutschland maßgeblich zu prägen. Vom linken Zeitgeist jedenfalls dürfen sie sich nicht vereinnahmen lassen.

T.B.

Wie verändert das Internet unser Leben? **Manfred Weber**, Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission, spricht im *bajuware*-Interview über die Piraten, christliche Werte und den Wunsch nach einem neuen Politik-Stil.

„Partei der Freiheit“

Sich um große, visionäre Zukunftsthemen zu kümmern, hat CSU-Chef Horst Seehofer der Zukunftskommission zur Aufgabe gemacht. Wie ist die Zwischenbilanz?

Manfred Weber: Mir geht es bei der Arbeit der Zukunftskommission nicht um die schnelle Schlagzeile. Wir beschäftigen uns mit Fragen, die nicht unmittelbar Alltagsgeschäft sind. In der Partei brauchen wir mehr Orte, wo man in Ruhe und fundiert über gesellschaftliche Herausforderungen diskutieren kann.

Und das machen wir.

Zum Beispiel?

Weber: Gerade erst haben wir Zukunftsideen für die Arbeit in unseren Gemeinden und Städten vorgelegt. Wir wollen für mehr Bürgerbeteiligung, Transparenz und mehr Freiheit für die Kommunen sorgen. Neudenken, Querdenken – und das immer auf Grundlage unseres CSU-Fundaments. Das ist die Aufgabe der Zukunftskommission und das macht viel Freude.

Bei den Kirchen etwa sinken die Mitgliederzahlen dramatisch. Kann man die Menschen mit Wertefragen überhaupt noch erreichen?

Weber: Die Menschen sehnen sich doch nach Orientierung. Gerade die Shell-Jugendstudie zeigt, dass sich junge Leute Familie, Vertrauen und Freundschaft wünschen. Das sind doch echte CSU-Prinzipien. Gerade die Jungen spüren aber sehr gut, ob es jemand wirklich ernst meint oder ob er doch umfällt, wenn der Wind mal von vorne kommt. Glaubwürdigkeit ist entscheidend. Die Zukunftskommission macht dies mit zwei aktuellen Beschlüssen deutlich: Die Bedeutung der benediktinischen Regeln für die Politik und das „C“ in der meist säkularen Poli-

tik. Die CSU war immer dann erfolgreich, wenn sie den Zeitgeist mitgeprägt hat und ihm nicht hinterhergelaufen ist.

Den Zeitgeist bestimmt derzeit offenbar die Piratenpartei. Ist die CSU zu altbacken, um auf die Piraten eine Antwort zu finden?

Weber: Die CSU ist jünger und moderner als viele glauben. Dafür sorgt allein schon die JU. Wenn eine Partei kostenlosen Nahverkehr oder die Freigabe von weichen Drogen fordert, dann müssen wir sagen: Das ist Unsinn! Aber das alleine wäre zu wenig. Menschen, die viel Zeit im Internet verbringen, für die das Internet ein Teil des Lebens ist, die haben Angst vor möglichen Einschränkungen dieses Lebensraums. Wir sollten das aufgreifen und zum Beispiel darüber nachdenken, in der Verfassung die Freiheit des Internets, den freien Zugang zum Netz und den Schutz der Privatsphäre zu verankern. Genau deshalb hat Obama kürzlich eine Internet-Charta vorgeschlagen. Sorgen, auch den Wunsch nach einem anderen Politikstil, müssen wir ernst nehmen. Aber inhaltlich brauchen wir uns nicht zu verstecken. Die CSU ist auch eine Partei der Freiheit.

Christlich-Sozialer Querdenker: Manfred Weber (39) sitzt seit 2004 im Europaparlament, ist dort Vize-Chef der EVP-Fraktion. Er ist Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern und war von 2003 bis 2007 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern.



Am 17. Juni entscheiden die Münchner in einem Bürgerentscheid, ob der Flughafen Franz Josef Strauß ausgebaut werden darf. Ob die **dritte Start- und Landebahn** kommt, ist aber nicht nur für die Landeshauptstadt von hoher Bedeutung. Der gesamte Freistaat soll davon profitieren.

Jobmotor FJS

Die wichtigsten Argumente für den Ausbau:

■ Der Flughafen Franz Josef Strauß ist das Tor zur Welt. Er wurde vielfach ausgezeichnet als bester Airport Europas, ist heute aber an seiner Leistungsgrenze angekommen. Die dritte Startbahn eröffnet Perspektiven für neue Ziele und mehr Verbindungen. So bleibt Bayern mit der Welt verbunden.

■ Gäste aus allen Kontinenten prägen das Gesicht und tragen zu Konjunktur und Beschäftigung bei. Mit der dritten Startbahn bleiben München und Bayern ein Magnet für Touristen. Davon profitieren nicht nur die Beschäftigten in Hotels, Gaststätten, Einzelhandel und Messegewesen, sondern letztlich die gesamte Bevölkerung.

■ Je mehr Länder wir direkt erreichen, umso besser verkaufen wir unsere Produkte und Dienstleistungen. Mit der dritten Startbahn erschließen wir neue Wachstumsmärkte und beflügeln die heimische Wirtschaft. 1,2 Milliarden Euro zahlt die Flughafengesellschaft für dieses Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm, der Steuerzahler zahlt keinen Cent.

■ Der Flughafen ist ein kraftvoller Jobmotor für Bayern, der krisensichere Arbeitsplätze schafft, die nicht verlagert werden können. Mit dem Ausbau entstehen allein am Flughafen 11.000 neue Arbeitsplätze – in allen Bereichen und für alle Qualifikationen.

■ Der Flughafen sorgt für eine prosperierende Wirtschaft und sichert

damit ein erhöhtes Steueraufkommen. Diese finanziellen Mittel ermöglichen wichtige Investitionen in soziale Bereiche und in die Infrastruktur.

■ In den Hauptverkehrszeiten ist der Flughafen längst am Limit. Schon kleine Störungen durch Schnee oder Nebel führen zu Ausfällen und Verzögerungen. Die dritte Startbahn schafft neue Kapazitäten – das heißt weniger Staus und Warteschleifen. Das spart Zeit und schon die Umwelt.

■ Immer mehr Umsteiger nutzen München als effizientes Luftverkehrsdrehkreuz – und ermöglichen so die vielen Langstreckenflüge. Mit der dritten Startbahn kommen wir ohne Umwege zu neuen Zielen in aller Welt.

In Berlin kämpft die CSU für die Einführung des Betreuungsgeldes. 150 Euro soll der Staat den Eltern im Monat zukommen lassen, wenn sie die Erziehung ihres Kindes selber organisieren. Auch Bayerns JU-Landesvorsitzende **Katrin Albsteiger** macht sich dafür stark.



„Mütter sind keine Legehennen“

durch das Betreuungsgeld Mütter und Väter vom Arbeiten abgehalten werden. Aber genau das ist nicht der Fall. Wir müssen doch bloß in andere Länder schauen, die Betreuungsgeld bezahlen, Finnland zum Beispiel. Wir honorieren eine Erziehungsleistung, die zuhause stattfindet oder privat organisiert wird. Viele Eltern haben den Wunsch, mit ihren Kindern Zeit zu verbringen. Deshalb ist es falsch, wenn die Wirtschaft fordert, dass die Mütter so schnell wie möglich wieder in den Beruf zurück müssen: Mütter sind keine Legehennen. Vielmehr ist die Wirtschaft an der Reihe, die Rahmenbedingungen zu schaffen: Etwa durch flexible Arbeitszeiten, Heim-Arbeitsplätze und Kinderbetreuung in den Firmen.

Die Gegner behaupten, das Betreuungsgeld würde Bildungschancen verschlechtern.

Albsteiger: Das ist Quatsch. Bildungschancen werden nicht dadurch reduziert, wenn Bildung zu Hause stattfindet. Bildung im Elternhaus ist auch ein ganz zentraler Teil der Bildung eines Kindes. Gerade in den ersten Jahren ist es wichtig, eine Bindung aufzubauen. Die kognitive und emotionale Entwick-

lung eines Kindes unter drei Jahren schafft die Grundlage für alles, was danach kommt.

Sollte man das Geld nicht lieber in den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten investieren?

Albsteiger: Kinderkrippen und Kindertagesstätten müssen ausgebaut werden, keine Frage. Wir reden von zwei unterschiedlichen Töpfen: Die Kommunen schaffen die Grundlagen für die Kinderbetreuung, das Betreuungsgeld wird aus Bundesmitteln bezahlt. Jeder muss die Möglichkeit haben, sein Kind in die Krippe geben zu können. Dass in den vergangenen Jahren an vielen Stellen am Bedarf vorbeigeplant wurde und wie in München viele Plätze fehlen, dafür darf man jetzt nicht das Betreuungsgeld verantwortlich machen.

Ob das Betreuungsgeld wirklich kommt, steht in den Sternen...

Albsteiger: Die Koalitionäre, die sich jetzt plötzlich gegen das Projekt wenden, müssen sich fragen lassen, warum sie für den Koalitionsvertrag im Jahr 2009 die Hand gehoben haben. CDU, CSU und FDP haben eine klare Vereinbarung, die es jetzt umzusetzen gilt.

Ist das Betreuungsgeld zeitgemäß?

Katrin Albsteiger: Das Betreuungsgeld ist ein zentrales Anliegen bürgerlicher Politik, weil es die Wahlfreiheit stärkt. Wir treiben den Ausbau staatlicher Betreuungseinrichtungen weiter voran, um den Eltern eine schnelle Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zu erleichtern. Gleichmaßen sind für uns Eltern, die die Kinderbetreuung zum Beispiel durch die Großeltern oder eine Tagesmutter selbst organisieren oder sich entscheiden, einen gewissen Zeitraum bei ihren Kindern zu Hause zu bleiben, keine Eltern zweiter Klasse. Diese Erziehungsleistung muss ebenso unterstützt werden, wofür das Betreuungsgeld – und zwar diskriminierungsfrei als Geld und nicht als Gutschein – eingeführt werden soll.

Das Betreuungsgeld wird auch „Herdprämie“ genannt...

Albsteiger: Dieser verächtlich gemeinte Begriff unterstellt, dass





Die bayerische „Landesgruppe“ beim JU-Deutschlandrat in Memmingen mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (v.l.): Stefan Ebner, Carolin Opel, Thomas Pardeller, Florian Gerthner, Katrin Albsteiger, Christoph Hörl, Peter Ramsauer, Matthias Beer, Thomas Breitenfellner, Philipp Mißfelder, Tobias Höpfl und Oliver Schulte.

Beim Deutschlandrat in Memmingen wirbt Verkehrsminister **Peter Ramsauer** für den Ausbau der Infrastruktur. Die Junge Union fordert höhere Investitionen und mehr Entschlossenheit bei der Durchsetzung von Großprojekten.

Mobilität vereinfachen

Deutschland müsse den riesigen Investitionsstau bei Verkehrsprojekten abbauen, erklärte Bundesminister Peter Ramsauer beim JU-Deutschlandrat in Memmingen. Demnächst müssten insbesondere Verkehrswege in den alten Bundesländern ertüchtigt werden, so Ramsauer.

In einem vom bayerischen JU-Bundesvorstand Thomas Breitenfellner verfassten Papier warnt die Junge Union davor, Mobilität gegen den Umwelt- und Klimaschutz auszuspielen. Um den Standortvorteil der deutschen Verkehrsinfrastruktur zu erhalten, soll demnach ein umfangreiches Investitionsprogramm verwirklicht werden. Im Fernverkehr stehen dabei der Ausbau und der Neubau von Autobahnen sowie die Sanierung und der Neubau vieler

Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen im Vordergrund. Neben der Kapazitätserhöhung vieler bestehender Verkehrsverbindungen gilt es ebenso, Engpässe zu beseitigen und Anbindungslücken zu schließen.

Die von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer angekündigte Reform des Punktesystems beim Bundeszentralregister in Flensburg im Sinne einer transparenten und verhältnismäßigen Regelung wird von der JU begrüßt. Ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen wird abgelehnt.

Im Zusammenhang mit einer leistungsfähigen Infrastruktur in Deutschland und Europa ist ein ausgewogenes Flughafennetz unabdingbar. Daher spricht sich die Jun-

gen Union für den Ausbau der großen Flughäfen aus. „Will Deutschland im globalen Wettbewerb auch in Zukunft eine führende Stellung einnehmen, muss es die Kraft aufbringen, wichtige Infrastrukturprojekte rasch umzusetzen“, heißt es in dem Papier. Die politisch instrumentalisierte Ablehnung berge viele Gefahren. Daher müssten die Bürger vom Beginn der Planungen bis hin zur Realisierung eines Projektes eingebunden werden. Zugleich müsse es mehr Rechtssicherheit für Infrastrukturprojekte geben. Mehrjährige Planungs- und Genehmigungsverfahren dürften tagespolitischen Opportunitäten nicht zum Opfer fallen. Ramsauer lobt die Kernaussage des JU-Papiers: „Mobilität muss vereinfacht, nicht erschwert werden.“



Im Gespräch mit Ex-Agrarminister Josef Miller: Deutschlandräte Tobias Höpfl und Florian Gerthner



Gerne zu Gast in Bayern: JU-Bundeschef Philipp Mißfelder



Dialog über Landesgrenzen hinweg: Bayerns JU-Vorsitzende Katrin Albsteiger (rechts) mit der hessischen JU-Landtagsabgeordneten Astrid Wallmann



Einer aus der JU-Familie: Schwabens CSU-Chef Markus Ferber



Im Mittelpunkt des Deutschlandrates: Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer



Gute Laune: Deutschlandrat Stefan Ebner, Schwabens JU-Vorsitzender Dr. Hans Reichhart und Memmingens Kreisvorsitzender Christian Schubert



Bayerische Interessen platzieren: Bundesvorstandsmitglied Thomas Breitenfellner mit Philipp Mißfelder



Müssen Kinderlose zahlen?

Wer Kinder bekommt, stärkt das Land und langfristig das soziale System. Doch was ist mit den Frauen und Männern, die keine Kinder bekommen? Sollen sie per „Kinder-Soli“ einen Extra-Beitrag leisten?

■ Pro | Siegfried Stresing



Das Bundesverfassungsgericht hat schon 2001 gefordert, die Kindererziehung bei den Sozialbeiträgen zu berücksichtigen. Dieses System ist sowohl auf monetäre Beiträge als auch auf die generativen Beiträge, die Erziehung von Kindern, angewiesen. Erziehungsleistung und

Geldleistung sind gleichwertig für die Stabilität und die Überlebensfähigkeit des sozialen Sicherungssystems. Doch außer einem minimalen Aufschlag für Kinderlose in der Pflegeversicherung wurden die Vorgaben bis heute ignoriert.

An der durch Eltern erbrachten Fürsorge und Vorsorge kommt keine nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherung vorbei. Eine doppelte Belastung von Familien im Vergleich zu Personen, die lediglich monetäre Beiträge einbringen, ist nicht hinnehmbar. Sie müssen während der aktiven Familienphase entlastet werden – klar, spürbar und kinderzahlabhängig.

Eine Entlastung von Familien führt innerhalb des Systems zwangsläufig dazu, dass Menschen, die nur eine der beiden Säulen stützen, stärker gefordert werden. Das ist keine Bestrafung. Es geht darum, endlich Schluss zu machen mit einer Transferausbeutung zu Lasten der Familien und mit dem Mythos enormer „familienpolitischer Leistungen“. Kinderzahlabhängige Sozialabgaben sind eine Frage der Gerechtigkeit.

Der Autor ist Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbandes.

■ www.der-bajuware.de

■ Contra | Dr. Katharina Dahm



Ein Kindersoli bestraft die Kinderlosen unangemessen! Die Deutschen bekämen gerne Kinder: 30,3% der 25- bis 59 Jährigen haben keine, aber nur 8,4% wünschen auch keine. Sie verzichten auf Grund eines fehlenden sicheren Arbeitsplatzes. 25% der 20-25 Jährigen haben einen befristeten Vertrag, noch 9,3% bei den 30-40 Jährigen, nur 4,7% bei den über 50 Jährigen. Noch höher sind die Befristungen bei jungen Akademikern – bei Frauen 40%.

Bei betriebsbedingten Kündigungen sind nach der Sozialauswahl vorrangig die Jüngeren zu kündigen. Hieran ändern auch Kindesunterhaltspflichten nichts: Ein Kind zählt in der Sozialauswahl nach der gängigen Praxis nur soviel wie 2 Beschäftigungsjahre – gebilligt von der Rechtsprechung! Nicht der 45 Jahre alte, kinderlose, unverheiratete Beschäftigte ist zu kündigen, sondern die verheiratete, dreifache, 35 Jahre alte Mutter – beide mit 29 Jahren eingestellt. Statt eine Demographie-Rücklage zu bilden, sind Jüngere durch arbeitsrechtliche Reformen zu motivieren, ihren Kinderwunsch umzusetzen. Erst recht unververtretbar ist ein Kindersoli, wenn es mit einer Schwangerschaft nicht klappte. Neben das persönliche Schicksal darf keine finanzielle Belastung treten. Ohnehin wäre die Grenze von 25 Jahren für eine Zahlungspflicht zu früh. Das Durchschnittsalter der Frau liegt bei der ersten Geburt bei 27 Jahren; Akademikerinnen sind ca. 3 Jahre älter. Ein Kindersoli dürfte erst greifen, wenn die Kinderlosigkeit endgültig ist. Bei Frauen ist dies biologisch feststellbar, nicht jedoch bei Männern.

Die Autorin ist akademische Rätin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Handelsrecht der Universität Mainz.



Neue Wege gehen: Der CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer lud zur ersten Facebook-Party eines Politikers in Deutschland. Der Andrang war riesig, rund 1500 Gäste kamen ins Münchner „P1“. „Ein großer Erfolg“, freute sich CSU-General Alexander Dobrindt. Seehofers Facebook-Party soll keine Eintagsfliege bleiben: Es wird bereits über eine Neuauflage gesprochen – dann in Nürnberg.



Mitgliederentwicklung in der JU Bayern (Stand 30. April 2012)

| Verband | 01.01.12 | 30.04.12 | +/- | Freising | 246 | 248 | 0,81 | Ebersberg | 523 | 516 | -1,34 |
|--------------------------|----------|----------|-------|-----------------------------|------|------|-------|-------------------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | | Kempten-Stadt | 128 | 129 | 0,78 | Schweinfurt-Land | 143 | 141 | -1,40 |
| Bezirksverbände | | | | Neuburg-Schrobenhausen | 257 | 259 | 0,78 | Cham | 393 | 387 | -1,53 |
| München | 1445 | 1447 | 0,14 | Neustadt-Bad Windsheim | 172 | 173 | 0,58 | Nürnberger Land | 314 | 309 | -1,59 |
| Oberfranken | 3138 | 3141 | 0,10 | Fürstfeldbruck | 380 | 382 | 0,53 | Landshut-Land | 426 | 419 | -1,64 |
| Oberbayern | 7238 | 7211 | -0,37 | Ingolstadt | 211 | 212 | 0,47 | Bad Tölz-Wolfratshausen | 169 | 166 | -1,78 |
| Oberpfalz | 5104 | 5080 | -0,47 | Main-Spessart | 245 | 246 | 0,41 | Aichach-Friedberg | 271 | 266 | -1,85 |
| Schwaben | 2664 | 2627 | -1,39 | Lichtenfels | 264 | 265 | 0,38 | Dillingen a.d. Donau | 216 | 212 | -1,85 |
| Niederbayern | 4107 | 4045 | -1,51 | Amberg-Stadt | 63 | 63 | 0,00 | München IV | 104 | 102 | -1,92 |
| Mittelfranken | 1432 | 1403 | -2,03 | Schweinfurt-Stadt | 73 | 73 | 0,00 | Weißenburg-Gunzenhausen | 102 | 100 | -1,96 |
| Unterfranken | 2411 | 2352 | -2,45 | Fürth-Stadt | 83 | 83 | 0,00 | Kitzingen | 93 | 91 | -2,15 |
| Augsburg | 335 | 322 | -3,88 | Weiden | 84 | 84 | 0,00 | Rosenheim-Land | 625 | 611 | -2,24 |
| Nürnberg/Fürth/Schwabach | 772 | 736 | -4,66 | Rhön-Grabfeld | 87 | 87 | 0,00 | Neu-Ulm | 177 | 173 | -2,26 |
| | | | | Rosenheim-Stadt | 92 | 92 | 0,00 | Ostallgäu | 80 | 78 | -2,50 |
| Kreisverbände | | | | Wunsiedel i. Fichtelgebirge | 111 | 111 | 0,00 | Haßberge | 425 | 414 | -2,59 |
| Ansbach-Stadt | 32 | 35 | 9,38 | Dachau | 132 | 132 | 0,00 | Miesbach | 377 | 367 | -2,65 |
| München I | 142 | 155 | 9,15 | Unterallgäu | 168 | 168 | 0,00 | Bamberg-Stadt | 109 | 106 | -2,75 |
| München II | 107 | 114 | 6,54 | Landsberg a. Lech | 190 | 190 | 0,00 | Lindau/Bodensee | 109 | 106 | -2,75 |
| München III | 115 | 121 | 5,22 | Roth | 201 | 201 | 0,00 | Starnberg | 142 | 138 | -2,82 |
| Landshut-Stadt | 88 | 91 | 3,41 | München X | 217 | 217 | 0,00 | München VII | 102 | 99 | -2,94 |
| Eichstätt | 959 | 991 | 3,34 | Hof-Land | 420 | 420 | 0,00 | Memmingen-Stadt | 65 | 63 | -3,08 |
| Traunstein | 381 | 393 | 3,15 | Schwandorf | 454 | 454 | 0,00 | München-Land | 519 | 503 | -3,08 |
| Rottal-Inn | 266 | 274 | 3,01 | Neumarkt/Opf. | 469 | 469 | 0,00 | Weilheim-Schongau | 311 | 300 | -3,54 |
| Passau-Stadt | 101 | 104 | 2,97 | Neustadt a.d.Waldnaab | 1149 | 1148 | -0,09 | München IX | 157 | 151 | -3,82 |
| Bayreuth-Land | 234 | 240 | 2,56 | Regensburg-Land | 614 | 613 | -0,16 | Freyung-Grafenau | 332 | 318 | -4,22 |
| Würzburg-Stadt | 135 | 138 | 2,22 | Altötting | 511 | 509 | -0,39 | München VI | 254 | 243 | -4,33 |
| Hof-Stadt | 49 | 50 | 2,04 | München VIII | 243 | 242 | -0,41 | Augsburg-West | 241 | 229 | -4,98 |
| Ansbach-Land | 308 | 314 | 1,95 | Aschaffenburg-Land | 197 | 196 | -0,51 | Donau-Ries | 454 | 431 | -5,07 |
| Bayreuth-Stadt | 105 | 107 | 1,90 | Kulmbach | 302 | 300 | -0,66 | Nürnberg-West | 104 | 98 | -5,77 |
| Bamberg-Land | 424 | 432 | 1,89 | Kelheim | 296 | 294 | -0,68 | Oberallgäu | 121 | 114 | -5,79 |
| Passau-Land | 699 | 712 | 1,86 | Dingolfing-Landau | 288 | 286 | -0,69 | Nürnberg-Süd | 80 | 75 | -6,25 |
| Mühlhof a. Inn | 411 | 418 | 1,70 | Erding | 138 | 137 | -0,72 | Aschaffenburg-Stadt | 47 | 44 | -6,38 |
| Pfaffenhofen a. d. Ilm | 184 | 187 | 1,63 | Straubing-Bogen | 595 | 590 | -0,84 | Garmisch-Partenkirchen | 281 | 263 | -6,41 |
| Fürth-Land | 206 | 209 | 1,46 | Bad Kissingen | 206 | 204 | -0,97 | Nürnberg-Nord | 137 | 127 | -7,30 |
| Augsburg-Land | 578 | 586 | 1,38 | Berchtesgadener Land | 199 | 197 | -1,01 | Nürnberg-Ost | 124 | 114 | -8,06 |
| Coburg-Stadt | 74 | 75 | 1,35 | Coburg-Land | 193 | 191 | -1,04 | Deggendorf | 648 | 585 | -9,72 |
| Günzburg | 297 | 301 | 1,35 | Kronach | 480 | 475 | -1,04 | Erlangen-Stadt | 106 | 95 | -10,38 |
| Würzburg-Land | 500 | 506 | 1,20 | Augsburg-Ost | 94 | 93 | -1,06 | Erlangen-Höchststadt | 197 | 176 | -10,66 |
| Straubing-Stadt | 87 | 88 | 1,15 | Forchheim | 373 | 369 | -1,07 | Miltenberg | 260 | 212 | -18,46 |
| Regen | 281 | 284 | 1,07 | Tirschenreuth | 1102 | 1089 | -1,18 | Schwabach | 38 | 30 | -21,05 |
| Regensburg-Stadt | 303 | 306 | 0,99 | Amberg-Sulzbach | 473 | 467 | -1,27 | Landesverband | 28646 | 28364 | -0,98 |

Impressum

Herausgeber:
Junge Union Bayern
Landesvorsitzende Katrin Albsteiger
Nymphenburger Straße 64, 80335 München
Telefon (089) 1243-240, Telefax (089) 1298531
ju@ju-bayern.de
www.ju-bayern.de

Koordination:
Landesgeschäftsführer Bernhard Kuttenhofer (Vi.S.d.P.)

Druck:
J. Gotteswinter, München

Chefredakteur:
Thomas Breitenfellner

Redaktionelle Mitarbeit:
Karsten Dietel, Katharina Eichinger, Smaranda Predescu

Bilder:
Bildagentur Waldhäusel (5), Redaktion

Anzeigen und Verlag:
breitenfellner kommunikation, Gröbenzell

Auflage: 40 000

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte.

der **bajuware** erscheint vierteljährlich.

den **bajuwaren** erhalten alle Mitglieder der JU Bayern.

Redaktions- und Anzeigenschluss
für die nächste Ausgabe: 19. Juni 2012

Das *bajuware*-Rätsel

Lösungswort:

Die Lösungswörter sind farblich markiert: 1 (rosa), 2 (rosa), 3 (orange), 4 (blau), 5 (lila), 6 (gelb), 7 (grün), 8 (blau).

- Die Junge Union ist für...
- Darüber wird am 17. Juni abgestimmt
- Vorsitzender der Zukunftskommission
- JU-Bundesvorsitzender
- Gast auf der JU-Landesversammlung
- Seehofers ...-Party
- Bundesverkehrsminister
- Hier fand der JU-Deutschlandrat statt

Gewinne einen 100-Euro-Gutschein für den CSU-Shop!
Lösungswort per Mail an redaktion@der-bajuware.de
Stichtag: 15. Juni 2012
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Aktuelle Seminarangebote der Hanns-Seidel-Stiftung

Social Media: Facebook, Google+, Twitter und Co. - soziale Netzwerke im Internet (Aufbauseminar)

Fr. - So., 13. - 15. Juli 2012
Kloster Banz, Preis 90 €

Wir sitzen alle in einem Boot:

Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro
Sa. - So., 21. - 22. Juli 2012
Wildbad Kreuth, Preis 35 €

Hungersnöte in Afrika: Ursachen und Hintergründe - Das Afrikakonzept der Bundesregierung

Fr. - So., 29. Juni - 1. Juli 2012
Wildbad Kreuth, Preis 70 €

Grundlagenseminar Rhetorik

Mi. - So., 1. - 5. August 2012
Wildbad Kreuth, 220 €

Präsidentenwahlen in den USA - Auswirkungen auf die nationale Sicherheitsstrategie

Fr. - So., 28. - 30. September 2012
Kloster Banz, Preis 70 €



MITMACHEN!

Am 17. Juni ist Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München. Gemeinsam wollen wir die Menschen für den Bau der 3. Startbahn am Flughafen München gewinnen. Helft mit! Unterstützt uns beim Flyer-Verteilen und beim Ansprechen der Bürger – am Tag vor der Wahl.

Die Junge Union München lädt ein:

**Abends: Gratis-Party
in der Kultfabrik**

**GROSSER AKTIONSTAG
AM 16. JUNI AB 13:00 UHR
TREFFPUNKT: STACHUS, MÜNCHEN**

Mehr Infos: www.ju-muenchen.de

Auszug der Partnerliste

